

Aufklärung Mandant und Zustimmung zur Datenverarbeitung / Information gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Sehr geehrte Mandantin/ sehr geehrter Mandant, hiermit informieren wir Sie gemäß Art.13 DS-GVO über die aufgrund des von Ihnen erteilten Mandats erfolgende Verarbeitung Ihrer Daten und bitten um Ihre Zustimmung.

Der Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer Daten ist: Schmidt Barg Rechtsanwälte (RA Eberhard Peter Barg und RA Rolf-Matthias Schmidt) Lietzenburger Str. 102, 10707 Berlin, Deutschland, Tel: +49 30 - 8804810 / Fax: +49 30 – 8814253 / Email: kanzlei@sbkw.de. Ein Datenschutzbeauftragter ist in unserer Kanzlei nicht vorgesehen.

Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage: Soweit wir für die Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO als Rechtsgrundlage. Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO als Rechtsgrundlage. Der von uns verfolgte Zweck der Datenverarbeitung ist die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen im Rahmen des von Ihnen erteilten Mandats.

Datenkategorien und Datenherkunft: Wir verarbeiten nachfolgende Kategorien von Daten: Stammdaten, Kommunikationsdaten, Vertragsdaten, Buchungsdaten, Forderungsdaten, Vermögenswertdaten. Diese Daten wurden bzw. werden uns von Ihnen übermittelt.

Empfänger: Im Rahmen des Mandats werden wir Ihre personenbezogenen Daten an folgende Kategorien von Empfängern übermitteln, sofern dies zur Geltendmachung der Forderung erforderlich ist: Gerichte, Gerichtsvollzieher, Einwohnermeldeämter, Unternehmensregister, Handelsregister, Drittschuldner, Rechtsanwälte, Abtretungsempfänger, Auskunftsteien.

Dauer der Speicherung: Ihre personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

Rechte der betroffenen Person: Werden durch uns personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DS-GVO und es stehen Ihnen bei Vorliegen der Voraussetzungen folgende Rechte gegenüber uns als dem Verantwortlichen zu:

Auskunftsrecht (Art. 15 DS-GVO) Sie haben das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten, den Verarbeitungszweck, die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden, die Empfänger gegenüber denen diese Daten offengelegt worden sind oder noch werden , falls möglich, die Dauer der Speicherung.

Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO) Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO) Wenn bestimmte, in der Vorschrift näher bezeichnete Voraussetzungen vorliegen, haben Sie das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO) Sie haben das Recht die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Lösungsgründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind. Wir weisen schon jetzt darauf hin, dass der Lösungsanspruch nicht besteht, wenn ihm eine rechtliche Verpflichtung entgegensteht. Ein Rechtsanwalt ist nach § 50 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) verpflichtet, eine sog. Handakte zu führen, die ein geordnetes und zutreffendes Bild über die Bearbeitung des ihm erteilten Auftrags gibt und die nach Beendigung des Auftrags noch 06 Jahre aufzubewahren ist. Diese Handakte, zu deren Führung wir uns zulässiger Weise der elektronischen Datenverarbeitung bedienen, beinhaltet u.a. die Dokumente, die der Rechtsanwalt von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat und damit naturgemäß auch ihre personenbezogenen Daten.

Recht auf Unterrichtung (Art. 19 DS-GVO) Allen Empfängern, denen personenbezogene Daten offengelegt wurden, ist jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.

Widerspruchsrecht (Art. 21 DS -GVO) Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen. Wir möchten Sie jedoch darauf hinweisen, dass wir gem. Art. 21 Abs. 1 Satz 2 DS-GVO die Verarbeitung von personenbezogenen Daten fortführen dürfen, solange die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO) Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde. **Örtlich zuständige Aufsichtsbehörde ist** Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Friedrichstr. 219, 10969 Berlin

Ich habe diese Information zur Kenntnis genommen und stimme der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten zu.

....., den